



Kommunen bei der Aufnahme von Schutzsuchenden unterstützen!

Die GRÜNE JUGEND Brandenburg kämpft für menschenwürdige Bleiberechtsregelungen ohne Bedingungen, unbürokratische Familiennachzüge und legale Zuwanderungswege für alle!

Geflüchtete werden zwischen Belarus und Polen in einer sogenannten „Presse- und NGO-freien Zone“ hin und her gepocht. Polen bricht damit als EU-Mitgliedsstaat internationales Recht. Menschen erfrieren, verhungern und verdursten im Wald - es gab bereits Todesfälle. Die Region wird genauso destabilisiert, wie es sich der Autokrat Lukaschenko aus Belarus vorstellt. Nicht aufgrund von Schutzsuchenden, sondern aufgrund der illegalen Hilfsverweigerung Polens und dem kollektiven Versagen der EU ist die Situation derart prekär.

Das Land Brandenburg steht aktuell neben den Bundesländern Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern in der besonderen Pflicht, people on the move (pom) der Situation angemessen aufzunehmen.

Die Kapazitäten von Land und Kommunen sind derzeit nicht ausreichend auf die besonderen Bedarfe der Schutzsuchenden vorbereitet, und das, obwohl eine höhere Anzahl illegalisierter Grenzübertritte absehbar war.

Als GRÜNE JUGEND Brandenburg können wir kein Hin- und Her Geschiebe von Verantwortlichkeiten akzeptieren. Wenn es um eine humane Asylpolitik in Brandenburg geht, betrifft das nicht primär die EU oder den Diktator Lukaschenko, sondern in erster Instanz das Innenministerium. Der Innenminister steht in der Pflicht, für ausreichend würdevolle Unterkunftsplätze in ganz Brandenburg zu sorgen. Die Unterbringung in Zelten, eine fehlende Beratung sowie verpfuschte Asylverfahren auf Kosten der Schutzsuchenden akzeptieren wir nicht.

Statt Schleierfahndung zu betreiben, müssen Anlaufstellen geschaffen werden. Deutschland ist in jedem Fall dazu verpflichtet, Asylanträge zuzulassen!

Des Weiteren fordern wir den Erhalt und die Verstärkung der für die Integration in Brandenburg so essentiellen Mittel für die Migrationssozialarbeit II und Integrationsbudget. Das Integrationsbudget benötigt dabei einen besser definierten verpflichtenden Bindungszweck. Alternative B: Hierdurch muss sichergestellt werden, dass die Gelder von den Kommunen für die Integration und Förderung Geflüchteter genutzt werden und nicht zweckentfremdet werden.

Brandenburg muss sich dafür einsetzen, dass der Bund sofort legale Fluchtwege von Belarus nach Brandenburg schafft. Der Status quo ist keinen Tag länger tragbar, wenn Geflüchtete zu politischen Spielbällen zwischen autokratischen und weniger rechtsstaatlichen Ländern

gemacht werden. Ein längst überfälliger Vorstoß, wie beispielsweise durch eine „Koalition der Willigen“ Menschen schnell und unbürokratisch aufzunehmen ist unumgänglich. Es wäre ein erster Schritt zu einem gemeinsamen Vorgehen der EU-Staaten. Die EU, Deutschland und Brandenburg dürfen sich nicht weiter erpressbar machen und müssen rechtliche Grundsätze achten.

Stacheldraht, Reiterstaffeln und weitere ausländerfeindliche Zonen werden die Situation nicht verbessern, sondern den moralischen (---)

Während Neonazis zur Grenzkontrolle aufrufen und damit de facto zur Jagd nach Menschen, wirkt es so, als ob das Innenministerium mit eigenen Grenzkontrollen reagiert. Diese unmenschliche Reaktion ist ein Beispiel für das Versagen der Innenpolitik in Bund und Land gleichermaßen.

Aus EU-politischer Perspektive muss Brandenburg gleichzeitig die Mitgliedsstaaten Polen, Litauen und Lettland entlasten, ohne Kompromisse auf Kosten von Rechtsstaatlichkeit oder Humanität in Kauf zu nehmen.

Schon 2020 beschlossen wir als GRÜNE JUGEND eine Linie, welche von der Landesregierung mit Beteiligung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht überschritten werden darf - keine Gebäude, die in jeglicher Art und Weise der Abschiebung dienlich sind.

Bei einer Überschreitung dieser Linie durch die Landtagsfraktion und Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN distanzieren wir uns von jeglichem Handeln der Partei und fordern eine Auflösung und Neubildung der Landesregierung. Es gilt auch für uns weiterhin: "mit jeder Kraft einen 'Abschiebeknast' oder ähnliche Gebilde zu verhindern".

In den bekanntgewordenen Plänen des Abschiebekreuzes am BER ist vor allem die Bundesregierung verantwortlich.

Wir fordern die Partei, Landtagsfraktion und Landesregierung dazu, auf sich aktiv und entschlossen gegen das geplante Abschiebekreuz einzusetzen. Wir fordern die maximale Transparenz der Planungen. Klar ist schon jetzt: Ab 2025 werden voraussichtlich auch neue Ressourcen aus dem Haushalt zusätzliche Kosten verursachen. Damit schafft das CDU geführte Innenministerium schon jetzt Tatsachen und lässt die Öffentlichkeit bewusst im Unklaren.

„Wir erneuern unseren Anspruch an eine unabhängige Studie zu Rassismus in der Polizei und lehnen die von der CDU eingesetzte „Taskforce Abschiebung“ weiterhin vehement ab.“